

26. Konferenz über das Memorandum of Understanding zur Beförderung gefährlicher Güter mit Ro/Ro-Schiffen in der Ostsee

In der Zeit vom 18. bis 20. Juni 2002 fand in Riga (Lettland) die 26. Konferenz zum Memorandum of Understanding zum Transport gefährlicher Güter mit Ro/Ro-Schiffen in der Ostsee (MoU) statt. Teilnehmer waren die Staaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden.

Das MoU regelt im wesentlichen die Beförderung gefährlicher Güter mit Ro/Ro-Schiffen in der Ostsee. Diese Verkehre sind im IMDG Code nur teilweise geregelt und spiegeln nicht die aktuelle Situation der Ro/Ro-Verkehre in der Ostsee wider. Insbesondere die Eisenbahntrajektierung mit Ro/Ro-Schiffen wird im IMDG Code unzureichend geregelt.

Die 26. Konferenz zum MoU in Riga diente insbesondere der Klärung, ob und ggf. in welcher Weise ein MoU mit der verbindlichen Einführung des IMDG Code als Teil von SOLAS weitergeführt werden kann. Dabei waren sich die Konferenzteilnehmer einig, dass das MoU am 31. Dezember 2003 in der Geltungsdauer endet, wenn keine Akzeptanz bei der IMO für Einzelausnahmen erreicht werden kann.

Folgende Ergebnisse wurden erreicht:

- Die Konferenz konnte sich auf ein neues MoU verständigen, das am 1. Januar 2003 in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 2003 gelten soll.
- Ein Antrag mit einer Sicherheitsbetrachtung zu Verkehren in geschützten Gebieten mit geringen Wellenhöhen wurde angenommen. Der Antrag stützt sich auf das Stockholm-Abkommen über Wellenhöhen in der Nord- und Ostsee sowie auf Ergebnisse der 1. DSC-Sitzung (Report DSC 1/27 unter Nr. 3.1.107), in dem die Entwicklung von Vorschriften für multimodale Transporte empfohlen wurde.
- Sämtliche abweichenden Regelungen vom IMDG Code sollen als Ausnahmeregelungen betrachtet werden und sind für die Aufnahme in den IMDG Code zu beantragen. Diese Anträge sind einer Arbeitsgruppe zu erarbeiten, die unter der Leitung Schwedens steht. Die Arbeitsgruppe soll erstmals im Oktober 2002 in Deutschland zusammen treten.
- Es wurde ein gemeinsamer Antrag für die 7. DSC-Sitzung zu Ausnahmen gefertigt.